

mitteilte, auch das Präsidium des Obersten Sowjets habe ihren Notenwechsel bestätigt. Der Kanzler bedankte sich mit einem entsprechenden Telegramm. Die sowjetische Regierung beantwortete schließlich auch auf dem Pariser Dienstweg die formelle Note der Bundesregierung.<sup>24</sup> Damit war nunmehr das Abkommen über den Botschafertausch wirksam vereinbart.

### *Die Nachbereitung auf sowjetischer Seite*

#### Zurückweisung der Vorbehalte Adenauers

Die Sowjets äußerten sich sehr rasch zu Adenauers Vorbehaltsbrief. Sie wählten nicht den gleichen Weg wie der Kanzler, also keinen Antwortbrief Bulganins. Sie ließen auch nicht einen Regierungssprecher eine Erklärung abgeben, wie dies die Westmächte zu tun pflegten, wenn sie der Moskauer Politik widersprachen. Vielmehr stuften sie die sowjetische Gegenerklärung noch eine Etage tiefer ein und ließen die Nachrichtenagentur TASS am 15. September eine kurze Erklärung abgeben. Darin wird Adenauers Brief an Bulganin überhaupt nicht erwähnt, sondern vorgegeben, es handle es sich bei seiner Erklärung lediglich um eine mündliche Äußerung auf der Pressekonferenz vom Vortag, bevor er Moskau verließ. TASS verbreitete:

*„Bundeskanzler Adenauer hat am 14. September 1955 auf der Pressekonferenz in Moskau Ausführungen zur Frage der Grenzen Deutschlands und anderen Fragen gemacht. Im Zusammenhang damit ist TASS von der Sowjetregierung beauftragt worden festzustellen, daß die Sowjetregierung die Bundesrepublik Deutschland als einen Teil Deutschlands betrachtet. Ein anderer Teil Deutschlands ist die Deutsche Demokratische Republik. In bezug auf die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen*

*der Sowjetunion und der deutschen Bundesrepublik hält es die Regierung der UdSSR für erforderlich zu erklären, daß die Frage der Grenzen Deutschlands durch das Potsdamer Abkommen gelöst worden ist und die Bundesrepublik Deutschland ihre Jurisdiktion auf dem Gebiet ausübt, das ihrer Hoheit untersteht.*"<sup>25</sup>

Damit war die Sache für die Sowjets, die nicht viel von quittierten Vorbehaltserklärungen hielten, fast erledigt. Das Moskauer Außenministerium schob zwei Wochen später noch eine inhaltsgleiche Verbalnote nach, die von der sowjetischen Botschaft in Paris der deutschen übergeben wurde.<sup>26</sup> Der einzige Zweck dieser sowjetischen Note war es, die vorangegangene deutsche Note zu beantworten, in der die Entschließungen des Bundestags mitgeteilt worden waren. Auch diesen Entschließungen musste aus Moskauer Sicht noch widersprochen werden.

Über die rechtliche Wirkung der deutschen Vorbehalte gibt es verschiedene Ansichten. In der Konferenzmappe des Kanzlers befindet sich ein Papier, das wahrscheinlich aus der Feder von Prof. Wilhelm Grewe stammt. Darin heißt es: Bei beiden Vorbehalten handelt es sich um „einseitige empfangsbedürftige Rechtsakte, die aber keiner ausdrücklichen Annahme durch die Sowjetunion bedürfen“. Trotzdem „würde die rechtliche Wirkung dieser Vorbehalte doch hinfällig werden, wenn sie von der Sowjetregierung ausdrücklich zurückgewiesen werden“.<sup>27</sup> Die TASS-Erklärung, die sich ausdrücklich auf den Auftrag der Sowjetregierung beruft, beseitigte demzufolge die Wirkung der Vorbehalte. Man wird also sagen können, dass die beiden Vorbehalte unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten nicht viel bewirkt haben. Es bleibt aber eine innenpolitisch bedeutsame Geste, dass die Bundesregierung in der „Höhle des Löwen“ ihre Ansichten zur Lage Deutschlands mit aller Deutlichkeit vortrug und dadurch einen Beweis ihrer Volljährigkeit abliefern konnte.

## Der DDR-Besuch in Moskau

Mehr Gedanken verwandte der Kreml darauf, wie die eifersüchtige DDR-Führung zufrieden zu stellen sei. Die Sowjetführer hatten den alten Herrn aus Bonn als den Regierungschef eines souveränen Staates hofiert und ihm die Chance gegeben, als Triumphator heimzukehren. Gerade diese Genugtuung Adenauers, die Freilassung der Gefangenen auf seine Fahnen schreiben zu können, musste die Genossen in Ostberlin tief schmerzen. Sie hätten es natürlich vorgezogen, wenn ihnen die Nachricht von der bevorstehenden Freilassung als eigener politischer Erfolg und Prestige-Gewinn überlassen worden wäre.<sup>28</sup> Aber den Sowjetführern war anscheinend nicht bewusst, welche innenpolitische Trumpfkarte sie dem Kanzler in die Hand gespielt hatten, weil sie die emotionale Tragweite dieses Themas nicht richtig einschätzen konnten. Für sie waren die letzten 9.628 nur ein halbes Prozent der fast zwei Millionen deutscher Soldaten, die in den Nachkriegsjahren durch die sowjetischen Lager gegangen waren. Jedenfalls aber war ihnen spätestens seit einem Kurz-Besuch von Ulbricht und Pieck Anfang September<sup>29</sup> bewusst, dass die Ostberliner Freunde für den Kanzlerbesuch und die damit verbundene Gefangenenbefreiung entschädigt werden mussten.

Drei Tage nach Adenauers Abreise war wieder „großer Bahnhof“ auf dem Flughafen Wnukowo. Eine DDR-Delegation unter Führung von Ministerpräsident Grotewohl und Parteichef Ulbricht wurde mit ausgesuchter Höflichkeit begrüßt. Das Garderegiment hatte zwar nicht die von Felix von Eckardt so bewunderten, farbenprächtigen Uniformen angezogen, aber statt der vier Mitglieder des Parteipräsidiums, die zur Begrüßung Adenauers erschienen waren, zählte man nun die doppelte Anzahl.<sup>30</sup> Diesmal war auch das diplomatische Corps zahlreicher vertreten durch die Missionschefs aller Staaten, mit denen die DDR diplomatische oder Handelsbeziehungen hatte. Zum Begleitpro-

gramm gehörte wieder der Ballettabend im Bolschoi-Theater. Den Gästen aus der DDR wurde der „Schwanensee“ geboten, wieder mit der unvergleichlichen Galina Ulanowa. Der Empfang, der erneut im Kremlsaal der St. Georgsritter stattfand, soll noch größer und prächtiger gewesen sein als in der Vorwoche. Er wurde mit einem Konzert klassischer Musik umrahmt. Bei den Trinksprüchen fiel der Satz von Otto Grotewohl auf: „Wir lehnen es ab, die Frage von 9.626 Kriegsverbrechern zu der Frage zwischen dem deutschen und sowjetischen Volk zu machen; diese Frage werden wir im Vorübergehen miteinander lösen.“

Man löste sie in der Weise, dass im Schlusskommuniqué folgende Passage aufgenommen wurde:

*„Es wurde ein Meinungs austausch geführt über die Frage des in der UdSSR verbliebenen Teils ehemaliger deutscher Kriegsgefangener, die für die von ihnen begangene Verbrechen eine Strafe verbüßen. Unter Berücksichtigung des Schreibens des Präsidenten und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sowie in Anbetracht der Bitte der Regierung der Deutschen Bundesrepublik, hat die Sowjetregierung erklärt, daß sie dieser Frage wohlwollend gegenübersteht und dem Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR ihre Vorschläge unterbreiten wird.“<sup>31</sup>*

Damit hatte die DDR im Nachhinein den Vortritt erhalten. Das Schreiben der DDR-Führung, auf das noch einzugehen sein wird, wurde vor der Bitte der Bundesregierung als kausal für die Freilassung der Gefangenen bezeichnet. Eine weitere Vorzugsbehandlung der DDR kann darin gesehen werden, dass Adenauer mit einer nur mündlichen Zusicherung nach Bonn zurückkehren musste, während die Ostberliner Delegation die Zusicherung der Sowjets schwarz auf weiß nach Hause mitnehmen konnte.<sup>32</sup> Chruschtschow brachte dieses fein gesponnene Arrangement ein wenig durcheinander, als er in seinem Trinkspruch auf dem großen Kreml-

Empfang sagte, das Wort, das die Sowjetregierung Adenauer gegeben habe, werde gehalten, „... unser Wort – gesprochen oder geschrieben – ist Gesetz“, womit dann doch wieder das Ehrenwort gegenüber dem Bundeskanzler als das auslösende Moment erkennbar wurde. In der Weltöffentlichkeit und auch in der Bevölkerung der DDR wurde es ohnehin nicht bezweifelt, dass Adenauers Verhandlungen den Ausschlag gegeben hatten.

Die Freilassung der Gefangenen wurde am 29. September 1955 vom Obersten Sowjet durch Dekret verfügt. Das Dekret berief sich – ähnlich wie das Kommuniqué – auf ein „Ersuchen des Präsidenten und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“, das auf den 27. Juli datiert wurde.<sup>33</sup> Ein solcher Brief vom 27. Juli ist aber in den Veröffentlichungen nicht auffindbar. Es gibt zur Gefangenfrage nur einen Brief des DDR-Präsidenten Pieck an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets Woroschilow vom 31. August 1955. Das Schreiben trug nur die Unterschrift Piecks, nicht die der Regierung und wurde erst am 15. September 1955 veröffentlicht.<sup>34</sup> Es kann durchaus sein, dass dieser Brief nicht früher als Mitte September geschrieben und dann rückdatiert wurde, als man in Moskau oder Ostberlin zwischen den Reisen Adenauers und Grotewohls feststellte, dass es noch keinen förmlichen Antrag der DDR auf Entlassung der Gefangenen gab.

Der Brief enthält die „offizielle Fürsprache“ der DDR „für die vorfristige Entlassung aller ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die in der Sowjetunion Strafen verbüßen“. (In dem Brief ist nicht von „Kriegsverbrechern“, sondern nur von „Kriegsgefangenen“ die Rede.) „Mit Rücksicht darauf, daß seit Beendigung des Krieges mehr als zehn Jahre vergangen sind“, hofft Pieck auf „wohlwollende Prüfung“ und versichert seinem Gegenüber, „daß eine solche großmütige Handlung vom ganzen deutschen Volk mit tiefer Dankbarkeit aufgenommen wird“.

Die politischen Gespräche der DDR-Führung waren weit-

gehend vorbereitet. Es wurde spekuliert, Grotewohl habe im August seinen Urlaub in der Nähe von Moskau verbracht; Pieck und Ulbricht seien zur Kur in der Sowjetunion gewesen. Sie hätten dabei mit dem Präsidiumsmitglied Suslow Kontakt gehalten, der ihnen alles Wissenswerte über den Adenauerbesuch mitteilen konnte. Fest steht jedenfalls, dass Pieck und Ulbricht Anfang September offizielle Gespräche mit dem Präsidium des ZK der KPdSU hatten.<sup>35</sup> Neuigkeiten gab es bei dem sowjetischen Bericht über den Kanzlerbesuch wohl nur für den Außenminister Lothar Bolz, der nicht zur SED-Mannschaft gehörte und dessen Ministerium bei den wichtigsten Fragen zwischen Moskau und Ostberlin ohnehin nur am Rande beteiligt war.<sup>36</sup>

Das wichtigste Ergebnis des Besuchs war der „Vertrag über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR“, der am letzten der drei Tage, am 20. September unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag brachte keine neuen Elemente in das bilaterale Verhältnis. Die Sowjetunion hatte die DDR schon in ihrer Erklärung vom 25. März 1954 für souverän erklärt. Die „gegenseitige Achtung der Souveränität“ wurde nun zum Kernsatz des Vertrags erhoben, eines Vertrags, der in vielen Dingen dem Deutschlandvertrag zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten nachempfunden war.

Man einigte sich ferner über die Umwandlung der sowjetischen Hochkommission in Berlin in eine Botschaft, über die Abschaffung des Besatzungsrechts, die weitere Stationierung sowjetischer Truppen zur „Friedenswacht“ und die Übertragung der Grenzkontrollen auf die Organe der DDR.<sup>37</sup> In einem Briefwechsel zwischen dem Stellvertretenden Außenminister Sorin und Außenminister Bolz wurden die Kontrollen im alliierten Berlinverkehr jedoch ausdrücklich der Sowjetunion vorbehalten.<sup>38</sup> Der Übergang der gesamten Berlin-Kontrollen auf die DDR wurde erst in Chruschtschows Berlin-Ultimatum am 10. November 1958 angedroht.

Die Parallelität und die kurze zeitliche Abfolge der Moskauer Verhandlungen mit beiden deutschen Staaten wurde international so verstanden, wie sie der Kreml verstanden wissen wollte, nämlich als Zementierung der deutschen Teilung. So schrieb etwa *Le Monde* am 21. September, dass „über kurz oder lang die Koexistenz dieser beiden Teile Deutschlands sie wohl oder übel auf den Weg der gegenseitigen Anerkennung führen muß. In jeder Hinsicht ist der status quo konsolidiert.“

### Westliche Reaktionen

Hallstein bat die drei Westmächte, in öffentlichen Erklärungen die TASS-Meldung und die Abmachungen zwischen der Sowjetunion und der DDR gerade zu rücken. Obwohl die drei Regierungen schon früher zu wiederholten Malen die Ansichten der Sowjetunion zur Deutschlandfrage zurückgewiesen hätten, sei eine erneute Erklärung unerlässlich, „um der Gefahr zu begegnen, daß ein Schweigen als Hinnahme oder gar als Billigung“ gedeutet werden könnte.<sup>39</sup> Die Westmächte kamen diesem Wunsch nach. Zunächst erklärten die drei Außenminister bei einer Sitzung in New York, dass sie eine Änderung der Rechtsverhältnisse in Deutschland nicht anerkennen könnten. Eine Woche später schickten die drei Regierungen eine Note nach Moskau, in der sie die Sowjetregierung daran erinnerten, dass sie auch weiterhin an die vierseitigen Absprachen über Berlin und Deutschland als Ganzes gebunden sei. Eine Delegation von Rechten und Pflichten auf die DDR sei für sie unannehmbar.<sup>40</sup> Ferner erinnerten sie die Sowjetunion daran, dass die endgültigen Grenzen Deutschlands erst in einem Friedensvertrag festgelegt werden könnten und dass sie die Bundesregierung als die einzig legitimierte Sprecherin für das deutsche Volk ansähen.<sup>41</sup>

Die drei Westmächte hatten sich schon vorher beeilt, einer Bonner Bitte zu entsprechen und dem Kanzler in de-

monstrativer Weise durch öffentliche Erklärungen den Rücken zu stärken. Eden schrieb einen offenen Brief an Adenauer und versicherte ihn seines aufrichtigen Vertrauens.<sup>42</sup> In Washington erklärte der Sprecher des State Department schon am Tage der Rückkehr des Kanzlers, das Moskauer Ergebnis sei ein voller Erfolg für die westliche Politik; nachdem die Sowjetunion ergebnislos jede einzelne Etappe in der Aufbauphase der Bundesrepublik bekämpft habe, sei sie jetzt dazu übergegangen, sowohl die Existenz dieses Staates wie auch seine Einbindung in das westliche Bündnis anzuerkennen.<sup>43</sup>

### *Reaktionen der in- und ausländischen Presse auf die Kanzlerreise*

#### Die deutsche Presse

Die Reaktionen der westdeutschen Presse in den Tagen nach der Rückkehr des Kanzlers waren ganz wesentlich geprägt von dem allgemeinen Empfinden der Erleichterung, dass es gelungen war, die Gefangenensfrage zu lösen. Es gab eigentlich nur Nuancen in Lob, Respekt, Zustimmung, Begeisterung, je nach der Ausrichtung des Blattes. Kritische Anmerkungen waren im Kleingedruckten untergebracht und in die Form von vorsichtigen und taktvollen Fragen gekleidet: Was wird aus dem Alleinvertretungsrecht, wenn in Moskau zwei deutsche Botschafter amtieren?

Die einzige, wirklich unverhohlenen kritische Stimme kam von Marion Gräfin Dönhoff.<sup>44</sup> Sie beschrieb die Widersprüchlichkeiten der Moskauer Tage unter der Überschrift „Am Konferenztisch eiskalt, beim Bankett eng umschlungen“, und kam zu dem Ergebnis, der Kanzler sei „mit großem Aufgebot, jedoch ohne festes Programm“ nach Moskau geflogen. Eine Woche später verschärfte sie ihre Kritik. Die diplomatischen Beziehungen seien das einzige, was Bonn zu